

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Januar/Februar 2018

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



„Ein Albtraum“

Wolfgang Clements massive Kritik an der Energiewende

Neue geldwerte Vorteile:
Telekommunikation
und vergünstigte
Benzinpreise



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

Die große Unternehmerlücke

von **Friedhelm Ost**

Unternehmer. Sie sind sehr innovativ und dynamisch, stellen sich dem Wettbewerb auf den Märkten im In- und Ausland, sie bilden junge Menschen aus und bieten mehr Arbeitsplätze als die großen Konzerne.

Bei der Digitalisierung, die als die größte ökonomische und soziale Revolution bereits im vollen Gange ist, werden mehr denn je zuvor mutige und findige selbstständige Unternehmer gebraucht. Doch die Neigung, sich selbständig zu machen, ist in Deutschland nicht sehr ausgeprägt.

Wenig Lust auf Selbstständigkeit

Die Zahl der Neugründungen von Unternehmen sinkt tendenziell hierzulande. Für die meisten Zeitgenossen rangiert die Sicherheit des Arbeitsplatzes ganz oben an. Die deutsche Gesellschaft ist außerordentlich risikoscheu. Eine aktuelle Studie stellte heraus, dass die Bundesrepublik unter den innovationsbasierten Volkswirtschaften bei den Existenzgründungen den vorletzten Platz unter 27 vergleichbaren Ländern belegt. Drei von zehn Studenten streben einen Job im Staatsdienst an. Statt Mut zum Risiko herrscht eine weit verbreitete Angestellten- und Versicherungsmentalität. Der Drang in einigermaßen sichere Arbeitsverhältnisse dominiert. Unternehmmergeist wird schon in deutschen Schulen nicht vermittelt. Und das öffentliche Interesse und Bewusstsein für Existenzgründer sind gering.

Fehlende Gründungskultur

Die Soziale Marktwirtschaft ist indessen nur mit Unternehmern funktionsfähig. In Deutschland tut sich inzwischen ein riesiges Defizit auf: Es fehlt an einer stärkeren Gründungskultur. Viele fürchten sich vor dem möglichen Scheitern, wenn sie sich selbstständig machen und eine Firma gründen. Zudem steht unsere Gesellschaft Gründern eher kritisch gegenüber. So mag es nicht verwundern, dass die meisten vornehmlich durch Angst vom Gründen abgehalten werden. Natürlich wird nicht jeder Gründer eines Unternehmens erfolgreich sein. Vielmehr muss das Risiko des Scheiterns – aus welchen Gründen auch immer – miteinkalkuliert werden. Vorbild könnten hier die USA sein, die bezüglich einer ge-

sunden Fehlerkultur eine Vorreiterrolle einnehmen und mit dem Risiko des Scheiterns ganz anders als bei uns in Deutschland umgehen. Der Gründungsprozess ist immer auch eine wichtige Lernphase, denn es gibt eben nicht das perfekte Unternehmen. Deshalb muss probiert und riskiert werden, ein eigenes Unternehmen zu gründen.



Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

Zu wenig Risikokapital

Wer sich hierzulande dazu entschließt, sich selbstständig zu machen, der kann vielfältige Beratungs- und Förderprogramme in Anspruch nehmen. Allerdings sind die administrativen Hürden nicht immer leicht zu überwinden.

Mehr Gründerfreundlichkeit wäre da gewiss hilfreich. Vor allem sollten Ausnahmeverordnungen für junge Unternehmen gelten und insolvenzrechtliche Erleichterungen eingeführt werden, um Jungunter-

nehmern im Falle eines Falles eine zweite Chance zu geben. Insbesondere brauchen Gründer einen besseren Zugang zu Risikokapital, denn die Mehrzahl derer, die mit guten Innovationen eine Firma gründen wollen, verfügen zumeist nicht über ein ausreichendes Eigenkapital.

Allerdings empfiehlt es sich, vor dem ersten Schritt in die Selbstständigkeit wirklich guten Rat zu suchen. Das kann mit Experten eines Kreditinstituts, der Industrie- und Handelskammer und mit sog. Business Angels erfolgen. Eine Gründerwoche veranstaltet in diesen Tagen das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum des Rationalisierungs-Kuratoriums der Wirtschaft (RKW); kreative, innovative und ideenreiche Personen erhalten von den Experten Rat und Tat für den Weg in das Unternehmertum.

Digitale Startups und Chancen

Deutschland braucht mehr Unternehmer in nahezu allen Bereichen – in der Industrie, im Handwerk und Handel sowie im Dienstleistungsbereich. Vor allem in der Digitalwirtschaft wird der erforderliche Wandel nur mit Neugründern gelingen. Große Firmen und Banken sind sogar auf der Suche nach Digitalexperten, die Software-Programme, Fintechs usw. entwickeln. Diese Startups haben gute Chancen, potente Partner zu finden, Beteiligungskapital zu erhalten und sich auf den Märkten zu behaupten.

Die Jungunternehmer von heute sind die Arbeitgeber von morgen. Sie schaffen neue konkurrenzfähige Arbeitsplätze, auf denen gute Einkommen zu erzielen sind; sie zahlen ebenso Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Die neue Bundesregierung sollte deshalb einen mutigen Beitrag für eine neue Unternehmenskultur leisten. Denn nur so ist es möglich, das Feld zu bestellen, auf dem die nächsten Generationen ernten können. Wenn die Zahl der Neugründungen wieder zunimmt, dann steht Deutschland am Anfang einer guten Zukunft. Die aktuell positive Wirtschaftsentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wirtschaft und Gesellschaft neue Impulse im Unternehmerbereich dringend benötigen, um auch die Zukunft erfolgreich zu gestalten. ■

SPD in der Sackgasse

von Frank Schäffler MdB

Wenn die SPD jetzt bei der Koalitionsbildung in Berlin von ihrem kategorischen „Nein“ zu einem „Ja, aber“ übergeht, dann ist das im Wesentlichen machtpolitisch begründet. Das ist legitim. Legitim ist es auch, die Latte möglichst hoch zu legen. Schon einmal, 2013, hat sie dies getan. Der damalige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel drohte während der Koalitionsverhandlungen andauernd mit der Renitenz seiner Basis, die am Ende dem Koalitionsvertrag ihren Segen geben musste. So konnte die SPD nicht nur den gesetzlichen Mindestlohn, sondern auch die Rente mit 63 und das Tarifeinheitsgesetz durchsetzen. Für sozialdemokratisches Klientel war das schon eine Menge. Gedankt hat es der Wähler der Sozialdemokratie am Ende dennoch nicht.

Jetzt gehen die Sozialdemokraten unter Martin Schulz oder vielleicht auch seinem Nachfolger den gleichen Weg, wahrscheinlich nur energischer. Dieses Mal steht die Bürgerversicherung im Zentrum sozialdemokratischer Verhandlungskunst. Rein machttaktisch stehen die Aktien für die SPD nicht so schlecht. Angela Merkel ist nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen noch stärker unter Druck. Sie muss zeitnah eine Regierungsbildung zustande bekommen, sonst läuft sie Gefahr, Teil des Generationswechsels in der Union zu werden.

Sollte die SPD mit der Durchsetzung der Bürgerversicherung Erfolg haben, wäre ihr der Weg in die Mitte weiter versperrt und die mögliche neue Koalition aus Union und SPD würde so enden wie die alte aufgehörte – als Desaster für die Sozialdemokratie.

Doch Taktik ist nicht alles. Es kommt auch darauf an, ob die Themen sich eignen, das Land und, in den Augen des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, auch die Sozialdemokratie nach vorne zu bringen.

Die neue GroKo als großer Abkassierer

Der Chefstrategie der SPD, Karl Lauterbach, bringt als Knackpunkt möglicher Verhandlungen die Durchsetzung der Bürgerversicherung ein. Die SPD will das duale System von privater und gesetzlicher Krankenversicherung durch eine gesetzliche Einheitsversi-

cherung ersetzen. Das deutsche Krankenversicherungswesen ist international ein Unikum. Erlaubt es doch nur bestimmten Personengruppen einen Eintritt in das private Krankenversicherungssystem. Der Gesetzgeber eröffnet lediglich Selbstständigen, Beamten und Gutverdienern gewisse Freiheiten, alle anderen sind zwangsversichert. Die, die die Freiheiten haben, können sich freiwillig gesetzlich versichern oder einen Tarif bei einer privaten Krankenversicherung wählen. Bis vor einigen Jahren war es sogar möglich, sich gar nicht zu versichern. Das hatte durchaus seine Berechtigung. Wa-

rum sollte ein Millionär sich auch privat krankenversichern müssen? Die Kosten, die er möglicherweise bei einem Krankenhausaufenthalt verursacht, werden ihn nicht in seiner finanziellen Existenz gefährden. Doch gerade dafür ist ja eine Versicherung in ihrem Ursprung da. Sie soll existentielle Risiken absichern, die man selbst nicht absehen kann. In diesem Fall soll die Versichertengemeinschaft einspringen.

Die Sozialdemokratie argumentiert, dass es ungerecht sei, dass Gutverdiener die Solidargemeinschaft verlassen können, und damit nicht zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung beitragen. Wären alle gezwungen, Mitglied der AOK zu werden, dann könnten die Beiträge gesenkt und vielleicht sogar die Leistungen verbessert werden. Wahrscheinlich würde beides langfristig nicht eintreten. Wenn die Beitragseinnahmen und der Beitragssatz, wie in der gesetzlichen Krankenversicherung, ausschließlich am Faktor Arbeit hängen, dann ist dieses Umlagesystem in erster Linie sehr konjunkturabhängig und prozyklisch, das heißt, die Beiträge steigen bei schlechter Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit. Das Umlagesystem der gesetzlichen Krankenversicherung verschärft die mangelnde Wettbewerbssituation in der Rezession. Aber nicht nur das: Die Demographie schlägt unerbittlich zu. Nicht

Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht



**Unser exklusives Top-Angebot für BDS-Mitglieder:
Bis zu fünf Cent Preisnachlass pro Liter für Diesel und Benzin**

Bericht Seite 12

heute, aber morgen und erst recht übermorgen. Wenn die gesetzliche Krankenversicherung immer mehr Rentner immer länger versichern muss und immer weniger Erwerbstätige mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zum gesamten Beitragsaufkommen beitragen, dann kommt das System insgesamt schnell in eine Schieflage. Da nützt es nicht, wenn man in den Trichter oben mehr potentielle Versicherte hineinschmeißt, denn auch diese werden älter.

SPD - Für Merkel in die Liga der U20-Parteien?

Doch auch die privaten Krankenversicherungen haben ein Problem. Ihr Anwartschaftsdeckungsverfahren, legt einen Teil der Beiträge in jungen Jahren zurück und legt es verzinslich an, um die Beiträge der Altersgruppe und der Versicherung insgesamt stabil zu halten. Schon heute gelingt das den privaten Krankenversicherungen nur sehr bedingt. Das Leistungsversprechen bis zum Lebensende, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und die Niedrigzinsen an den Kapitalmärkten machen ihnen das Leben schwer. Auf alle drei Faktoren haben die privaten Krankenversicherungen faktisch keinen Einfluss. Sie können es nur über mehr Effi-

zienz im Unternehmen und über steigende Beiträge auffangen. Die Niedrigzinsen, die wesentlich durch die Geldpolitik der EZB verursacht sind, sind das eigentliche Damoklesschwert für die Privaten. Zwei Drittel ihrer Kapitalanlagen sind in Zinspapieren angelegt. Ändert sich an der Zinspolitik der EZB mittelbar nichts, dann werden nicht nur viele Lebensversicherungen in Deutschland das nicht überleben, sondern auch viele Krankenversicherer.

Kommt in dieser Phase noch die SPD mit ihren Vorschlägen, dann darf man nicht erwarten, dass die private Krankenversicherung einfach in die gesetzlichen Versicherungen überführt wird, sondern sie werden ausgehungert. Denn die SPD weiß auch, dass die Kapitalanlagen der privaten Krankenversicherungen von 250 Milliarden Euro dem Eigentumsschutz des Grundgesetzes unterliegen. Stattdessen wird sie subtiler vorgehen. Sie kann die Jahresbeitragsentgeltgrenze raufsetzen. Sie bestimmt, ab wann ein Angestellter sich privat versichern darf. Derzeit liegt sie bei 57.600 Euro im Jahr. Je höher sie ist, desto länger dauert es für einen Angestellten, das System zu wechseln. Sie ist eine Markteintrittsbarriere für Millionen Arbeitnehmer in Deutschland. Private Krankenversicherer sind

darauf angewiesen, neue Mitglieder zu gewinnen, um ihren Verwaltungsapparat dauerhaft zu finanzieren. Wird dieser Pfad gekappt, leiden die übrigen Versicherten, da die Verwaltungskosten auf die immer kleiner werdende Versichertengruppe verteilt werden muss.

Wiedergeburt einer handlungsfähigen Opposition

Die SPD wird argumentieren, das betreffe eh nur die Reichen. Von den 8,77 Millionen Vollversicherten in der PKV sind jedoch alleine 2,1 Millionen Beamte mit ihren Familien in einem Beihilfetarif versichert. Würde man die Beihilfe für Beamte abschaffen und sie ebenfalls nur für bestehende Versicherte aufrechterhalten, würden diese Tarife ebenfalls austrocknen. Massive Beitragssteigerungen für die Restversicherten wären die Folge. Ebenso sieht es bei den 1,4 Millionen Selbstständigen und ihren Familien aus. Beide Gruppen, Beamte und Selbstständige, gehören nicht zwingend zu den Gutverdienern. Sie gehören aber zur Mitte der Gesellschaft, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und dem Sozialstaat nicht zur Last fallen. Sie kommen teilweise auch aus „kleinen“ Verhältnissen und haben einen bescheidenen Wohlstand erreicht. Früher war

das auch die Zielgruppe der Sozialdemokratie.

Die SPD unter Gerhard Schröder war deshalb erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, in diese Mitte des Wählerspektrums vorzustoßen. Gerhard Schröder verkörperte höchstselbst den gesellschaftlichen Aufstieg vom armen Jungen aus Lippe zum Bundeskanzler. Er nahm Anfang der 2000er Jahre Anleihe bei New Labour in Großbritannien, die unter Tony Blair eine moderne Sozialdemokratie verkörperten, die den gesellschaftlichen Aufstieg zugelassen und gefördert hat.

Martin Schulz war 2017 deshalb nicht erfolgreich, weil er nur von sozialer Gerechtigkeit sprach, ohne die Mitte anzusprechen. Ihm ging es nur um Mindestlöhne, Renten und soziale Umverteilung. Das gehört sicherlich zum Repertoire eines Sozialdemokraten. Doch für eine Verbreiterung des Wählerspektrums reicht das nicht. Sollte die SPD mit der Durchsetzung der Bürgerversicherung Erfolg haben, dann wäre ihr der Weg in die Mitte weiter versperrt und die mögliche neue Koalition aus Union und SPD würde so enden wie die alte aufgehört hat – als Desaster für die Sozialdemokratie. ■

*Erstveröffentlichung:
Tichyeinblick.de*

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt!

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de



ONLINESHOPS



SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Hier fängt Ihr Urlaub an!

Erleben Sie einen unvergesslichen Urlaub in einer unserer Ferienwohnungen oder Ferienhäuser in Norden - Norddeich. Unsere Objekte sind insgesamt sehr zentral gelegen und nur wenige Minuten vom Strand und dem Deich entfernt.

Wir sind überzeugt, dass unsere hochwertigen Ferienhäuser & Ferienwohnungen auf Ihr Interesse stoßen und Ihre Zustimmung finden werden. Hier finden Sie auch Informationen rund um die Küstenregion Ostfriesland und um die Stadt Norden sowie über das Nordseeheilbad Norddeich direkt an der Nordseeküste.

Für einen gelungenen Urlaub ist aber nicht nur der Urlaubsort ausschlaggebend, sondern vor allem das Ferienhaus oder die Ferienwohnungen.

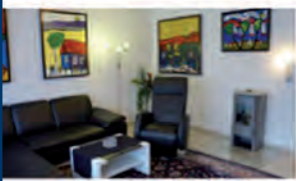
Wir bieten als etablierte und kompetente Vermietagentur Wohlfühlquartiere - und das im besten Sinne des Wortes.

Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sind unsere Ferienimmobilien in zentraler und dennoch ruhiger Lage angesiedelt und verfügen über eine überdurchschnittliche komfortable Ausstattung. Das Meer, der Hafenbereich, der Strand sowie das Zentrum von Norddeich sind bei fast allen Objekten bequem fußläufig erreichbar.



Raluca und Christian Kuhlmann

Unser Portfolio umfasst über 100 Ferienobjekte. Hier eine kleine Auswahl:

	max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 54,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen ☂ ☂ P ☂ ☂ ☂ @
	max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 48,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita II Obergeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen ☂ P ☂ ☂ ☂ @
	max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita III Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen ☂ ☂ ☂ P ☂ ☂ ☂ @
	max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita IV Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen ☂ ☂ ☂ ☂ ☂ @

Alle Objekte unter www.vermietung-norddeich.de

Unser Kontaktdaten

Christian Kuhlmann
Alter Fischerspfad 5, 26506 Norden - Norddeich
Telefon: 04931 - 8 20 40 75, Telefax: 04931 - 8 20 40 78
Mobil: 0152/54 08 24 41, E-Mail: info@vermietung-norddeich.de

Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 9:30 Uhr - 13:00 Uhr
Montags bis Freitags 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag und Sonntags nur bedingt erreichbar
(An- & Abreisen)

Von Dr. Hugo Müller-Vogg

Knapp 47 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben bei der Bundestagswahl ihre Stimme abgegeben. Sie handelten ganz im Sinne des Artikels 20, Absatz 2 des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“ Die 709 von den Wählern bestimmten Bundestagsabgeordneten waren alle von Parteien nominiert worden. Auch das entspricht der Verfassung: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ (Artikel 21). Soweit die Theorie.

Und die Praxis? Die Mitglieder des Bundestags sind die Vertreter des Volkes. Doch derzeit bestimmen sie so gut wie nichts mit, jedenfalls die meisten von ihnen. Nicht einmal die Parlamentarier, deren Parteien sondieren, ob es vielleicht zu einer Koalition reichen könnte oder nicht, haben derzeit – von einigen wenigen Spitzenpolitikern abgesehen – etwas zu sagen. Der „normale“ Abgeordnete erfährt aus der Zeitung oder im Fernsehen, ob er künftig eher eine Regierung stützen oder gegen eine Regierung opponieren soll. Zu sagen haben diese Volks-„Vertreter“ nichts.

Irgendwie passt das Grundgesetz hinsichtlich der Staatsgewalt und der Parteien nicht so recht zur Realität – oder umgekehrt. Wollte man aus dem Sondierungs-Gerangel in Berlin einen neuen Verfassungsgrundsatz ableiten, dann müsste der so heißen: „Alle Staatsgewalt geht von Parteifunktionären aus. Deren Willen wird von frei gewählten Abgeordneten ratifiziert.“ Dass Abgeordnete nicht so einflussreich sind, wie sie das selbst gerne darstellen, ist nichts Neues. Aber noch nie waren sie so machtlos wie seit der Bundestagswahl 2017.

Dass es keinen Sinn macht, Gespräche über mögliche Koalitionen unter Beteiligung aller Abgeordneten der betroffenen Fraktionen zu führen, liegt auf der Hand. Wenn es ernst wird, haben immer einige wenige Spitzenpolitiker das Sagen. Was die ausgehan-



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

delt haben, müsste dann aber den Volksvertretern ihrer Parteien zur Billigung vorgelegt werden. Doch ob es zu „Jamaika“ gekommen wäre oder ob es zu einer neuen „GroKo“ kommen sollte, hängt nicht vom Votum der Abgeordneten ab. Das entscheiden letztlich Parteitage oder die Parteimitglieder in ihrer Gesamtheit. Was als Stärkung der innerparteilichen Demokratie gefeiert wird, bedeutet letztlich eine Schwächung der demokratisch gewählten Abgeordneten.

Was läge eigentlich näher, als dass die jeweiligen Fraktionen darüber befänden, ob sie die von ihren Partei- und Fraktionsführungen vereinbarten Verabredungen billigen oder nicht? Schließlich müssen die Abgeordneten in einer Koalition oder Kooperation umsetzen, was vorher ausgehandelt wurde. Aber weil angeblich alles auf die „Basis“ ankommt, sind die Parlamentarier im innerparteilichen Machtgefüge die Unwichtigsten.

Die Verschiebung der politischen Macht von den Volksvertretern auf die Parteifunktionäre lässt sich derzeit am besten bei der SPD studieren. Dass die SPD-Oberen jetzt mit der Union überhaupt über Möglichkeiten der Zusammenarbeit reden dürfen, hat ein Parteitag beschlossen. Ob es auf der Basis erster Gespräche zu ernsthaften Koalitionsverhandlungen kommen kann, entscheidet wiederum ein Parteitag. Und sollten sich SPD und CDU/CSU auf einen unterschriftsreifen Koalitionsvertrag einigen, stünde ein Mitgliederentscheid an: das letzte Wort hat die vielzitierte Basis. Unter den rund 430.000 eingetragenen Genossinnen und Genossen sind auch die SPD-Volksvertreter. Ihre 153 Stimmen werden beim Mitgliederentscheid mitgezählt; besonderes Gewicht haben sie indes nicht.

Fünf Jahrzehnte nach der Hochzeit der Außerparlamentarischen Opposition mit ihrem Ruf nach einem „imperativen Mandat“ scheint der von der Partei gegängelte Abgeordnete zum Inbegriff demokratischer Willensbildung geworden zu sein: „Partei befehl, wir folgen.“ Das ist freilich kein sozialdemokratisches Phänomen. Hätte über „Jamaika“ befunden werden müssen, hätten die Grünen und selbst die Lindner-FDP die „Basis“ zu den Urnen gerufen. Sogar die CDU hatte geplant, sich basisdemokratisch zu geben und sich die Zustimmung eines Parteitags einzuholen. Die Achtundsechziger haben auch bei den „etablierten“ Parteien ihre negativen Spuren hinterlassen.

Es ist ein seltsames Schauspiel. Wir werden von einer geschäftsführenden Regierung regiert, die sich bei wichtigen internationalen Entscheidungen enthalten muss. Das Parlament hat kein Arbeitsprogramm und entscheidet, was gerade anliegt, mit Zufallsmehrheit. Und über die künftige Regierung entscheiden Parteifunktionäre und von diesen beeinflusste Parteimitglieder. Die mögen durch innerparteiliche Wahlen und das pünktliche Überweisen von Mitgliedsbeiträgen legitimiert sein – vom Volk haben sie alle kein Mandat. ■

www.tichyseinblick.de/de

Alle Macht geht von Parteifunktionären aus



Wolfgang Clement empfing in seinem Bonner Büro die Kuratoriumsmitglieder Friedhelm Ost und Dr. Jürgen Aretz

Energiewende – Ein Albtraum für die mittelständische Wirtschaft

Ex-Superminister Wolfgang Clement fordert Europäische Energieunion

Das mutigste Reformprojekt der letzten Jahrzehnte, die Agenda 2010, ist untrennbar mit dem Namen Wolfgang Clement verbunden. Während die europäischen Nachbarländer das Reformwerk als Vorbild für die Lösung eigener Probleme entdeckt haben, beansprucht die SPD nicht etwa eine Miturheberschaft an den unstreitbaren Erfolgen, sondern sieht die Agenda in Teilen oder in Gänze im Widerspruch zum Gebot „sozialer Gerechtigkeit“.

Für Wolfgang Clement hat die SPD nach eigenen Worten deshalb den Anspruch preisgegeben, eine Kraft der Modernisierung sein zu wollen.

Eine Entwicklung, die Wolfgang Clement sehr frühzeitig erkannt hatte und die ihn auf kritische Distanz zur SPD-Programmatik gehen ließ. Nach zum Teil heftig geführten Auseinandersetzungen mit der Parteispitze trat der Ex-Superminister am 25. November 2008 aus der SPD aus und nannte als Gründe die mangelnde Abgrenzung der SPD von der Linkspartei sowie die Industrie- und Energiepolitik der SPD, die auf eine Deindustrialisierung Deutschlands hinauslaufe. Seit seinem Austritt aus der Partei unterstützt Clement punktuell die FDP, die er noch zu Zeiten Guido Westerwelles als die Fortschrittspartei Deutschlands bezeichnete und die er auch vor der Bundestagswahl 2017 im Wahlkampf unterstützte.

Grüne Lebenslüge

Bis zum heutigen Tag engagiert sich Wolfgang Clement in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, deren Kuratorium er vorsteht. Die INSM will die ordnungspolitischen Prinzipien Ludwig Erhards bekräftigen und auch in Zeiten der Globalisierung voll und grenzüberschreitend zur Geltung bringen. In dieser marktliberalen Denkfabrik macht sich Clement besonders für eine „Wende“ von der Energiewende sowie



für eine Bildungsoffensive stark, die – wie er sagt – die Herstellung von Chancengleichheit in Deutschland zum Ziel haben müsse.

In einem Gespräch mit den BDS-Kuratoriumsmitgliedern und ehemaligen Staatssekretären Friedhelm Ost und Jürgen Aretz sowie dem NRW-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer machte Wolfgang Clement seine Intentionen noch einmal deutlich. Während die BDS-Vertreter es als Lebenslüge bezeichneten, wenn die grüne Energielücke durch Energieimporte geschlossen würde, also mit Atomstrom aus Tschechien, Polen und Frankreich, gebrauchte Wolfgang Clement eine noch drastischere Formulierung: „Die Energiewende ist ein Albtraum und für die mittelständische Wirtschaft sowie für die energieintensive Industrie eine Katastrophe.“ Für Wolfgang Clement gehört zu den Widersprüchen der Energiewende, dass Deutschland zu „Minuspreisen“ Strom nach Österreich liefere, mit dessen Hilfe die Alpenrepublik ihre Speicherkraftwerke auffülle, um ihn anschließend zu Plus-Preisen nach Deutschland zurückzuverkaufen. Inzwischen koste eine Kilowattstunde in Deutschland durchschnittlich 30 Cent, wogegen die Kilowattstunde im europäischen Mittel bei nur rund 20 Cent liege. Das wiederum bedeute nicht nur eine Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern begründe bereits die konkrete Gefahr eines in Gang kommenden

Deindustrialisierungsprozesses. Eine Lösung kann nach Clements Worten nur in einer Europäischen Energieunion liegen, die den Energiemarkt auf dem Kontinent über den Emissionshandel steuere. Ein Beispiel: Der deutsche Verbraucher werde für die Drosselung des CO₂ Ausstoßes um eine Tonne durch Solarenergie mit 400 Euro und durch Windenergie mit über 100 Euro belastet, wobei eine Tonne CO₂-Vermeidung über den Emissionshandel nur sieben

Euro koste.

Vergleichbare Leistungsstandards

Ähnlich drastische Worte wie für die gegenwärtige Energiepolitik findet Wolfgang Clement für die Bildungspolitik, die nicht geeignet sei, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und Chancengerechtigkeit für alle Schichtungen unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Gewärtig blieben jährlich etwa 50.000 junge Menschen ohne Schulabschluss, hob Clement hervor und beklagte das Leistungsgefälle zwischen Abiturientenklassen in Bremen oder Berlin gegenüber jenen in Bayern oder Sachsen, das etwa ein Schuljahr betrage. Sein Fazit: Das deutsche Bildungswesen sei offensichtlich unzureichend ausgestattet und fehlgesteuert. Es werde seiner Aufgabenstellung nicht gerecht. Deshalb fordere er verbindliche und vergleichbare Leistungsstandards, die den auch im internationalen Wettbewerb notwendigen Qualitätskriterien gerecht werden, und vor allem ein wesentlich stärkeres finanzielles Engagement von Bund und Ländern, fand Clement deutliche Worte.

Weitere Gesprächspunkte zwischen den BDS-Vertretern und dem früheren NRW-Ministerpräsidenten und Bundesminister waren das Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche und die zu erwartende Politik nach einer Neuauflage der Großen Koalition (siehe Interview).

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Bettina Ausserhofer,

H.-J. Großmilinghaus

Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Bürgerversicherung fördert Zweiklassenproblematik

Ex-Superminister Wolfgang Clement auf Gegenkurs zur SPD-Forderung

? Hat Christian Lindner richtig gehandelt, als er die sogenannten Jamaika-Sondierungsgespräche hat platzen lassen?

Wolfgang Clement: Ja, aus meiner Sicht hat er richtig gehandelt. Es lief in dieser Runde unter Führung der Kanzlerin offensichtlich auf eine schwarz-grüne Koalition unter Duldung der FDP hinaus. Das war für Lindner nicht akzeptabel.

? Nun wurde uns über die Qualitätsmedien suggeriert, dass eine Jamaika-Koalition dem Wählerwunsch entsprochen habe. Sehen Sie das auch so?

Wolfgang Clement: Viele hatten, wie auch ich, auf neue Köpfe und neue Ideen und eine echte Alternative zur großen Koalition gehofft. Das ist jetzt ausgeträumt. Jamaika war ein interessanter Versuch, mehr aber auch nicht. Jetzt werden wir sehen, ob CDU/CSU und SPD in einer weiteren großen Koalition in der Lage sein werden, ihre Kräfte zu erneuern, oder ob der Sinkflug beider Parteien weiter geht.

? Wird der Sinkflug von SPD und CDU weitergehen – Ihre Prognose?

Wolfgang Clement: Ich stehe einer großen Koalition aufgrund der Erfahrungen in der vergangenen Le-



„Wer eine Bürgerversicherung befürwortet, sollte sich vielleicht einmal im staatlichen britischen Gesundheitssystem umschauen.“

gislaturperiode und auch der jetzigen Sondierungsergebnisse sehr skeptisch gegenüber. Alle drei Parteien investieren jedenfalls mehr finanzielle und ideelle Kraft ins Rentengeschehen als in die Zukunft unseres Landes.

? In einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk haben Sie eine Minderheitsregierung für eine Übergangszeit als „mal gar nicht schlecht“ bezeichnet.

Wolfgang Clement: Es war und ist wohl ein bisschen idealistisch oder auch naiv gedacht. Aber ein im Falle einer Minderheitsregierung mögliches offenes Spiel der Kräfte, in dem sich auch neue Gesichter hervortun könnten, täte dem deutschen Parlamentarismus eigentlich sehr gut.

? Trotz gut gefüllter Staatskasse wollen SPD und Union den Steuerzahler kaum entlasten. Mit dem Spitzensteuersatz werden inzwischen auch schon Facharbeiter belegt.

Wolfgang Clement: Die Belastung durch Steuern und Abgaben beläuft sich hierzulande für einen Durchschnittsverdiener bereits auf fast 50 Prozent. Jede Bundesregierung ist deshalb gut beraten, vor allem dafür zu sorgen, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht weiter ansteigen. Wir

gehören inzwischen sicher zu den fünf Nationen auf der Welt mit der besten, aber auch teuersten sozialen Sicherung. Zudem halte ich eine steuerliche Entlastung für die mittleren Einkommen für zwingend. Eine Anhebung der Einkommenshöhe zum Spitzensteuersatz auf 60.000 Euro halte ich aus dem von Ihnen angesprochenen Grund ebenfalls für einen richtigen und wichtigen Schritt.

? Eine Forderung der SPD ist die Einführung einer Bürgerversicherung. Hätte ein Superminister Clement im Amt diese Forderung mitgetragen.

Wolfgang Clement: Wer eine Bürgerversicherung befürwortet, sollte sich vielleicht einmal im staatlichen britischen Gesundheitssystem umschauen. Er käme vermutlich alsbald, politisch geheilt, zurück. Unser Gesundheitssystem ist teuer, aber es ist auch eines der besten der Welt. Und daran haben auch die privaten Krankenversicherungen ihren gehörigen Anteil. Nirgendwo kommt im übrigen die Zweiklassenproblematik so zum Tragen wie in staatlichen Gesundheitssystemen, die fälschlich auch „Bürgerversicherungen“ genannt werden. ■

Mit Wolfgang Clement sprach Joachim Schäfer

Beraternettzwerk.de®
Gute Berater finden

Tel. 02161 / 63 32 37
info@beraternettzwerk.de

**TOYOTA**NICHTS IST
UNMÖGLICH

DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

**Exklusive Leasing Sonderkonditionen
für bezugsberechtigte Mitglieder
des Bundesverbandes der Selbständigen.**

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

**Toyota Business
Plus****0,- €***

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA
SERVICE
LEASING****290 €*** MonatlichTechnik-Service-Rate **17,16 €*****
(Wartung und Verschleißreparaturen).**AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S**

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNIS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €.
 Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein **unverbindliches** Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr: 000272.

Unser exklusives Top-Angebot: Bis zu fünf Cent Preisnachlass pro Liter für Diesel und Benzin

Die euroShell Card von FLEETCOR spart BDS-Mitgliedern Zeit und Geld

Die Firma FLEETCOR ist ein unabhängiger, globaler Anbieter von speziellen Zahlungslösungen und -dienstleistungen wie Tankkarten, Essenskarten, Unternehmenskarten für vergünstigte Hoteltarife und weitere spezielle Bezahldienste für Unternehmen in der ganzen Welt. Insgesamt nutzen mehr als 500 000 Kunden die Services und Leistungen von FLEETCOR.

Die Dienstleistungen reichen von der Transaktionsabwicklung bis zum kompletten Programm-Management. Die eigenen Plattformen, Programme und Infrastrukturen sind anpassungsfähig und skalierbar. So lassen sich die Anforderungen einer breiten Palette unterschiedlicher Partner erfüllen.

In Mittel- und Westeuropa vertreibt und betreibt FLEETCOR mit einem internationalen Team aus über 400 Mitarbeitern die „euroShell Card“, die Tankkarte, mit der kleine und mittelständische Unternehmen sicher und bargeldlos alle Transaktionen rund um ihre Firmenfahrzeuge abwickeln können.

Der Bezahlstandard an der Tankstelle

Mit der euroShell Card können Kraft- und Schmierstoffe, aber auch alle Leistungen rund um Wartung und Pflege der Fahrzeuge abgewickelt werden. Darüber hinaus lassen sich nach Bedarf Getränke und Snacks sowie Maut und Fahren mit der Karte bezahlen. Neben der Kaufabwicklung ist die zentrale Verwaltung der Fahrzeuge, die Kosten und Rabatte auf einer Rechnung ausweist, zentraler Bestandteil des Produktes.

So funktioniert die euroShell Card

Der Unternehmer bestellt für jedes Firmenfahrzeug eine Tankkarte. Er oder seine Mitarbeiter können damit alle Bezahlvorgänge an der Tankstelle schnell und bargeldlos bestreiten. Ein zuvor festgelegter Wunsch-Pin garantiert sicheren Transfer. Am Ende des Monats erhält das Unternehmen per Post, E-Mail oder im Online-Account eine Sammelrechnung, die alle Po-



Altan Cörekci, FLEETCOR Partnermanager

sitionen aufstellt und die Mehrwertsteuer bereits für die Rückerstattung ausweist. Die Rechnung wird nach vereinbarter Fälligkeit beglichen und geht direkt an die Buchhaltung oder den Steuerberater. Damit werden alle Kasseneinzelbelege sowie deren Organisation überflüssig.

Das Tankstellennetzwerk umfasst in Deutschland zirka 2 200 Shell-Stationen und weitere 2 800 Partner-Tankstellen (Total, Esso und AVIA). In ganz Europa wird die euroShell Card an 25 000 Tankstellen akzeptiert.

Im Online-Portal „Self Serv“ lassen sich Fahrzeuge und Kosten gegenüberstellen. So kann der Verbrauch verglichen und die Kosten auf einen Blick überwacht werden. Welche Karte für welche Zahlvorgänge benutzt werden darf, lässt sich ebenfalls online administrieren.

Businesspartner für den Mittelstand

Damit ist die euroShell Card mehr als ein Bezahlstandard an der Tankstelle. In der Gesamtheit ihrer Funktionen von der kostenfreien Fahrzeug- und Flottenverwaltung, die Möglichkeit jederzeit ohne Bargeld oder Vorleistung Fahrzeuge betanken und warten zu können und der immensen Zeiter-

sparnis, die jede Ablage von Einzelbelegen überflüssig macht, ist die euroShell Card für viele Kunden ein unverzichtbar gewordener Businesspartner.

„Viele Kunden bestätigen uns, dass sie früher einen halben Arbeitstag im Monat Tankbelege sortiert, geprüft, verrechnet und abgelegt haben. Bei fünf Firmenfahrzeugen, die zweimal die Woche tanken, sind das ganze fünf Minuten pro Tankbeleg. Das ist Zeit, die Sie sich mit der automatischen Sammelrechnung der euroShell Card ganz einfach sparen. Und wer hätte nicht gerne mehr Freizeit oder Arbeitszeit zur Verfügung?“, erklärt Altan Cörekci, Partnermanager bei FLEETCOR.

Für jedes Unternehmen das passende Modell

Die Tankkarte lohnt sich bereits ab dem ersten Fahrzeug. Je nachdem, ob sich ein Kunde mit seinen Fahrzeugen mehr in der Heimatregion, deutschlandweit oder international bewegt, bietet FLEETCOR unterschiedliche Modelle an. Dabei ist FLEETCOR in der Lage, Rabatte von bis zu 5 Cent pro Liter an seine Kunden auszuschütten. Ungewöhnlich für den deutschen Markt ist dabei, dass Rabatte nicht nur auf Diesel, sondern auch auf Benzin eingeräumt werden. Wer noch etwas Gutes für die Umwelt tun möchte, kann automatisch ein Prozent des Netto-Umsatzes dem „Clean Advantage-Programm“ von Shell zukommen lassen.

In diesem Rahmen unterstützt FLEETCOR viele Initiativen und Projekte, die sowohl regional als auch weltweit das in der Atmosphäre vorkommende CO² reduzieren. ■

Rückfragen:

FLEETCOR Deutschland GmbH
Frankenstraße 150c
90461 Nürnberg
Altan Cörekci
Partnermanager
altan.coerekci@fleetcor.de

euroShell Card – Kontaktformular

Telefax: 0911 92 35 01 35 | kundewerden@fleetcor.de

Vor- und Nachname *

Firmenname*

Anschrift*

Telefonnummer*

E-Mail-Adresse*

Mitgliedsnummer

Aktionscode*

Anzahl PKW / LKW

Verbrauch Liter / Monat

Unterschrift

Ich erteile meine Einwilligung zur Speicherung und Verwendung der angegebenen Daten und stimme einer Nutzung zum Zwecke der Kontaktaufnahme im Rahmen meines Interesses an einer Tankkarte durch die FleetCor Deutschland GmbH und Ihren Geschäftspartnern zu. Ich erkläre mich sowohl der telefonischen Kontaktaufnahme wie auch der Kontaktaufnahme per Brief und E-Mail zum Zwecke der Beratung und Marketing bereit.

Interne Kommunikation: Sorgenkind und Wunderweib

Ziel: Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen fördern

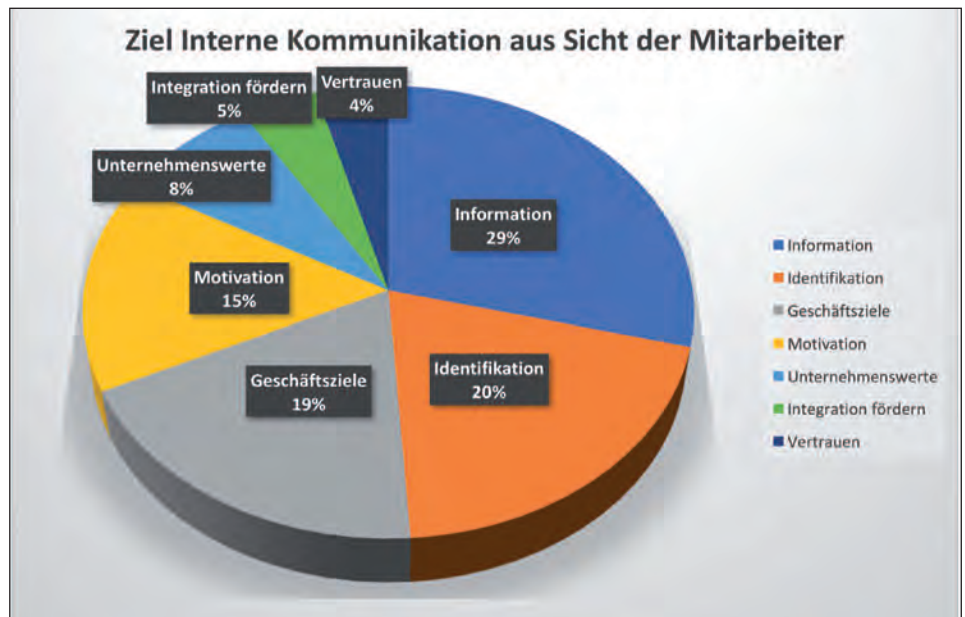
„Ohne Interne Kommunikation gibt es kein funktionierendes Unternehmen. Wer sich heute noch nicht zielgerichtet mit seinen Mitarbeitern beschäftigt, gefährdet den Erfolg seines Unternehmens“. Solche und ähnliche Aussagen hinterlassen bei vielen Geschäftsführern ein mulmiges Gefühl, sind aber aus Sicht von Experten absolut berechtigt.

Information, Identifikation und Image

Die wichtigsten Ziele der Internen Kommunikation sind in erster Linie, die Mitarbeiter mit Informationen zum Unternehmen zu versorgen und die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen zu fördern. Aber es geht auch um Motivation, Integration und Vertrauen.

„Sprechen Ihre Mitarbeiter übereinander oder miteinander? Kennen Ihre Mitarbeiter Ihr Unternehmen? Diese recht unbequemen Fragen sollte sich jeder Unternehmer stellen und vor allem beantworten“, bestätigt Nina Claudy, Geschäftsführerin des PR Büros Nina Claudy in Herdecke. Für die Kommunikationsexpertin gibt es da kein Für und Wider: „Interne Kommunikation wird häufig vernachlässigt oder läuft mit lieblosen Maßnahmen nebenher mit. Dabei ist bewusstes Informieren der Mitarbeiter die Basis für den Unternehmenserfolg und diese fußt auf einer klaren, konsequenten und konsistenten Kommunikation nach innen. Die Mitarbeiter sind eine starke Kraft, die mit einfachen Mitteln gesteuert werden kann. Man muss es nur machen.“

In vielen Unternehmen wird das Marketing-Tool Interne Kommunikation von der Chefetage abgetan und nicht ernst genommen. Es entstehen unnötige Konflikte darüber, was getan oder vermieden werden soll. Vor allem, wenn es keine klare Idee davon gibt, wie die Mitarbeiter sinnvoll informiert und eingebunden werden können. Dabei



steckt so viel Potenzial in der Internen Kommunikation.

Für die Außenwirkung und Kundenbindung wird häufig viel Potenzial gebunden, um das Image des Unternehmens zu fördern. Die Innenwirkung ist laut Nina Claudy aber genauso wichtig: Sie sagt, das Bild, welches die Kunden wahrnehmen, wird neben der klassischen Kommunikation auch und zwar in besonderem Maße durch die Mitarbeiter geprägt. Diese sind sozusagen an der Front und können im persönlichen Gespräch mit den Kunden das Firmenimage enorm prägen. Das geht aber nur gut, wenn die Mitarbeiter im Bilde sind und über die Interne Kommunikation informiert wurden. Nur, wenn sie die Identität der Firma verinnerlicht haben, können sie das Image auch nach außen tragen.

Tools werden nicht genutzt

Viele Unternehmer glauben, dass sie mit einem Hierarchie-Chart, der jährlichen Weihnachtsfeier in der Kantine und einer Geburtstags-E-Mail genug getan haben – aber weit gefehlt.

Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass ein motivierter, glücklicher Mitarbeiter

mehr Arbeitseinsatz und weniger Krankentage aufweist. Dazu kommt, dass sich bei regelmäßigem Austausch unter den Mitarbeitern das Betriebsklima hebt und die Menschen dadurch effektiver arbeiten. Eine Gallup-Studie zeigt, dass der durchschnittliche Verlust von Arbeitsleistung durch Motivationsbarrieren bei 30 Prozent liegt (vgl. Gallup, 2012).

„Wir sprechen davon, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen und dadurch das Beste zu erreichen. Wir wollen einen Informationsfluss schaffen, der nutzbringend ist und die Mitarbeiter nicht überfrachtet. Der Mehrwert steht dabei im Vordergrund“, so Claudy weiter. Ein ständiger Fluss von Informationen sorgt für mehr Transparenz, Fehler werden schneller erkannt, die Mitarbeiter fühlen sich einbezogen und bringen ihre eigenen Kompetenzen viel stärker ein.

Keine Belehrungen sondern unterhaltsame Infos

Das Wir-Gefühl und die Identifikation mit dem Arbeitgeber fördern – das sind die Aufgaben für die Geschäftsleitung. Nina Claudy über die vielen Möglichkeiten, die Mitarbeiter sinnvoll ins Boot zu holen: „Wir reden über sinnvollen Informationsfluss – kurz,



Nina Claudy

verständlich, gerne auch unterhaltsame Unternehmensinformationen, keine belehrenden Abhandlungen aus der Chefetage, die sowieso nicht aufgenommen werden. Egal, ob in Form einer kleinen Mitarbeiterzeitung, eines Newsletters, per Intranet, oder dem hauseigenen Wiki. Kreativ sind auch E-Magazine, ein Youtube-Kanal vom Chef oder ein virales Mitarbeiterquiz. Um den gemeinsamen Austausch zu fördern, kann mal eine Runde Eis spendiert oder eine gemeinsame Boots- oder Klettertour gemacht werden. Eine kreative, überraschende Weihnachtsfeier kann viel Motivation, Freude und gute Stimmung auslösen.“

Neben der formellen – also durch das Unternehmen geführten Internen Kommunikation – spielt auch die informelle Kommunikation eine große Rolle, denn die menschliche Arbeitsleistung wird wesentlich durch

soziale Faktoren geprägt. Der sogenannte Flurfunk, das schwarze Brett, das lockere Gespräch beim Feierabendbier oder das gemeinsame Anstoßen auf einen gelungenen Auftrag haben auf der emotionalen und kollegialen Ebene enorme Effekte.

Dazu berichtet die PR-Fachfrau mit ihren Erfahrungen aus der Praxis: „Loben und Belohnen – das ist ein einfaches und kostenloses Prinzip. Eine Künstlervermittlung hat eine goldene Glocke im Gemeinschaftsbüro hängen. Dort darf jeder Mitarbeiter laut bimmeln, sobald er einen Auftrag vermittelt hat. Das mag zunächst etwas kindisch klingen, aber wenn man die glücklichen Gesichter der Mitarbeiter sieht, die dort stehen, bimmeln und dann einen kurzen Applaus von den Kollegen und den Chefs bekommen, ist das purer Umsatz“.

Auch große Unternehmen mit Mehrschichtbetrieb können durch gezielte Aktionen das Mitarbeitergefüge verändern: etwa durch regelmäßige Mitarbeitertreffen in lockerem Rahmen mit gutem Essen und spannenden Vorträgen, oder mit gemeinsamen ehrenamtlichen Tätigkeiten. Eine interessante Mitarbeiterzeitung, in der Kollegen vorgestellt, aktuelle Situationen und Veränderungen erklärt und im besten Fall Dialoge aufgebaut werden, sorgt für ein höheres Maß an Identifikation. „Die Tools sind bekannt, aber sie sollten zielführend und im Sinne der Mitarbeiter realisiert werden. Was müssen meine Leute wissen, was wollen sie wissen, wie kann ich sie motivieren und am wichtigsten: Wie komme ich mit ihnen ins Gespräch? Wenn man diese Frage vor Augen hat und ich als Geschäftsführer auch bereit bin, die Grenze zwischen Privatem und Geschäftlichem ein bisschen aufzulockern, dann wird die Interne Kommunikation erfolgreicher“, empfiehlt Nina Claudy.

Die Experten sind sich einig, dass trotz eines Mehraufwandes die Ergebnisse der geführten Internen Kommunikation oft viel besser als erwartet sind. Und in Zeiten des Outsourcings sind die eigenen Mitarbeiter noch wichtiger geworden. Hubert Burda sagte einst: „Das wertvollste Potential sind gute Mitarbeiter“ und damit hat er wohl sehr recht. ■

Informelle Interne Kommunikation

Es gibt viele einfache Wege, den Dialog der Mitarbeiter untereinander zu fördern:

- Kantine/Gemeinschaftsraum
- Mitarbeiterausflüge/Incentives
- Fahrgemeinschaften anregen
- monatliches gemeinsames Frühstück/Casual Friday
- Weihnachtsfeier
- Pinnwand/hauseigene Bibliothek
- Afterjob Partys
- gemeinsame ehrenamtliche Tätigkeiten (Blutspenden, soziale Projekte betreuen etc.)

Formelle Interne Kommunikation

Wege, um mit den Mitarbeitern in den Dialog zu treten:

- Mitarbeiterzeitung/Newsletter
- Mitarbeitergespräch
- Betriebsversammlung
- Aushang am Schwarzen Brett
- Intranet/ Wiki
- Business TV/Video Blog/Podcast

Rückfragen:

Nina Claudy,
Geschäftsführerin PR Büro Nina Claudy in
Herdecke, Autorin, Dozentin/Trainerin
www.ninaclaudy.de



Das Internet gehört zu den wichtigsten Medien unserer Zeit. Daher ist es wichtig, wie man sich im Web präsentiert.

Ob in HTML 5 oder im CMS (Content-Management-System) gehören Funktionen wie Responsive Design dazu.

Informieren Sie sich jetzt!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 33896183
info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Kosten nach Flugstornierung zurückholen

Flug verpasst und Geld verloren? Reiserechtsexperten geben Tipps

- Personen, die ihren Flug nicht angetreten haben, können sich grundsätzlich nahezu den gesamten Ticketpreis erstatten lassen.
- Airlines erstatten das Geld nicht von selbst zurück und handeln damit im Grunde fahrlässig. Gesetzlich steht Ihnen bei Nichtantritt eines Flugs eine Rückerstattung von bis zu 95 Prozent des Flugpreises zu.
- Besonders hoch sind die Chancen einer Erstattung, wenn die Airline Ihren Sitzplatz weitervergeben konnte.
- Mit dem [Vergleich.org Musterschreiben](#) können Sie schnell und unkompliziert einen Antrag auf Erstattung der Steuern und Gebühren stellen. Die Stellung des Antrags ist sowohl per Brief oder Fax als auch per E-Mail möglich.
- Fluggesellschaften, die eine Bearbeitungsgebühr für die Stornierung erheben, handeln laut eines [Entscheids des Kammergerichts Berlin vom 12. August 2014](#) unzulässig. Reisende, die diese Gebühr gezahlt haben, können sie zurückfordern.

Geld zurück bei Flugstornierung: Steuern müssen immer erstattet werden

In der Hoffnung auf Schnäppchen bucht die Mehrheit der Deutschen ihren Urlaub mindestens drei Monate im Voraus (DRV, 2017). Bis die Reise dann aber endlich losgeht, kann mit Krankheit, Trennung und Kündigungen so Einiges dazwischen kommen, das den Reiseantritt unmöglich macht.

Wer sich darüber nicht doppelt ärgern möchte, kann sich die Kosten für das Flugticket zumindest teilweise zurückholen – **in einigen Fällen sogar bis zu 95 Prozent des Flugpreises!**



"Die Fluggesellschaften verhalten sich beim Thema Rückerstattungen skandalös", so Vergleich.org-Redakteurin Désirée Rossa. "In keiner anderen Branche wäre es denkbar, Leistungen in Vorkasse zu bezahlen und das Geld bei einer nicht erbrachten Leistung nicht zurückerstattet zu bekommen. Im Fluggeschäft ist diese Vorgehensweise jedoch an der Tagesordnung".

Expertentipp: Nicht angetretenen Flug lieber nicht stornieren!

Reiserechtsexperte Jan Bartholl rät: "Stornieren Sie **einen nicht angetretenen Fluges nicht, sondern lassen Sie einfach die Frist verstreichen**. So ergibt sich eventuell noch die Möglichkeit, dass es vonseiten der Fluggesellschaft zu einer Änderung oder Annullierung des Fluges kommt."

"In diesem Fall erstattet die Fluggesellschaft nicht nur den kompletten Flugpreis anstandslos zurück, sondern **es kann sogar noch eine Ausgleichszahlung dazu kommen**", so Bartholl weiter.

Entsprechend rät [Fachanwalt für Reiserecht Jan Bartholl](#): **"Die Fluggesellschaft hat grundsätzlich 95 Prozent aller Ticketkosten rückzuerstatten**, völlig unabhängig vom Grund des Rücktritts und davon, ob der Flug zuvor storniert wurde oder nicht."

"Weist die Fluggesellschaft jedoch höhere konkrete Kosten nach, kann der Anteil der Rückerstattung geringer als 95 Prozent ausfallen", erläutert der Experte. "Diese Kosten müssen jedoch konkret belegt und bewiesen werden."

Auch wenn die Fluggesellschaft beweisen kann, dass ihr höhere Kosten entstanden sind, können Sie **Steuern, Flughafengebühren und Treibstoffzuschläge in jedem Fall zurückfordern**.

"Das liegt daran, dass den Airlines **in diesen Bereichen nur dann Kosten entstehen, wenn die Person tatsächlich im Flugzeug sitzt**", erklärt Vergleich.org-Redakteurin Désirée Rossa.

So viel Gebühren können Sie zurückbekommen bei:*

Inlandsflügen
ca. 75€



Mittelstreckenflügen
ca. 140€



Langstreckenflügen
ca. 270€



*basierend auf einer Analyse der anfallenden Steuern in allen Tarifen bei je einem Inlands-, Mittelstrecken- und Langstreckenflug der Lufthansa



Erstattungsansprüche gelten auch für sogenannte „Light-Tarife“

"Die Airlines versuchen oft, eine Rückforderung der Gebühren durch die Kunden zu **verhindern**, indem sie behaupten, diese sei aus vertraglichen oder tariflichen Gründen nicht möglich", führt Rossa aus. **"Davon sollten Sie sich aber nicht abschrecken lassen.** Diese Vorgehensweise ist rechtlich unzulässig und solche Behauptungen schlichtweg falsch."

"Selbst wenn Sie bei der Buchung einen speziellen „Light-Tarif“ gewählt haben und die Fluggesellschaft behauptet, Sie hätten vertraglich auf die Rückerstattung des Ticketpreises nach Storno verzichtet, **bleibt der Erstattungsanspruch meist bestehen**", betont [Rechtsanwalt und Experte für Fluggastrecht Paul Degott](#).

Achtung: Andere Erstattungsrichtlinien bei Pauschalreisen

Eine wichtige Ausnahme gibt es jedoch: **"Gebühren für Flüge, die Sie im Rahmen einer Pauschalreise gebucht haben, sind oft schwieriger zu erstatten.** In diesem Fall haben Sie den Vertrag nämlich mit dem Reiseveranstalter geschlossen und nicht direkt mit der Fluggesellschaft."

Reiserechtsexperte Paul Degott

So holen Sie sich Ihr Geld direkt bei der Fluggesellschaft

Mit dem [kostenfreien Musterschreiben von Vergleich.org](#) fordern Sie Steuern und Gebühren bequem zurück.

Von selbst rücken die Airlines das Ihnen zustehende Geld leider nicht heraus. Hier müssen die Kunden selbst aktiv werden.

"Bei der Rückforderung der Fluggebühren reicht oft ein formloser Antrag, den Sie direkt über die Erstattungsportale der Fluggesellschaften stellen können", kommentiert Rossa. "Ihre Steuern und Gebühren bekommen Sie so in jedem Fall problemlos zurück, wie viele Beispiele beweisen".

Die Rückerstattung des gesamten Ticketpreises ist oft schwieriger. "Sollten Sie diesen nicht direkt über das Musterschreiben zurückbekommen, empfehlen wir, sich rechtlichen Beistand zu suchen", kommentiert Rossa. "Auf diesem Weg konnte sich eine Familie nach einem Urteil des Amtsgerichts Köln im Jahr 2016 3.500 Euro zurückholen."

Die Rückforderung sollte auf jeden Fall in schriftlicher Form erfolgen, also per E-Mail, Fax oder Brief. Am schnellsten geht die Forderung per Mail.

1. Rückforderung per Brief / Fax

Bei einer Einsendung per Fax oder Brief füllen Sie einfach unser Formular [direkt online](#) aus, drucken es im Anschluss aus und schicken es an die Fluggesellschaft.

2. Rückforderung per Mail

Wer die Forderung per E-Mail stellen möchte, kann sich unsere Vorlage kopieren:

<<Ort, Datum>>

Erstattung des Ticketpreises bei Nichtantritt der Reise

<< Name des Fluggastes>>

<< Flugnummer>>

<< Buchungsnummer>>

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich habe den von mir am <<Datum der Buchung>> gebuchten Flug von <<Startflughafen>> nach << Landeflughafen>> mit der Buchungsnummer <<Buchungsnummer>> nicht angetreten.

Ich bitte Sie, die von mir gezahlten Steuern, Gebühren und Zuschläge nach § 649 Satz 2 BGB unabhängig vom gebuchten Tarif und dem Grund des Nichtantritts zu erstatten.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich darüber hinausgehende Aufwendungen erspart haben und das Flugticket weiterverkaufen konnten. Hiermit fordere ich Sie auf, mir eine entsprechende Abrechnung vorzulegen und mir den Ticketpreis abzüglich fünf Prozent entsprechend § 649 Satz 3 BGB zu erstatten (LG Frankfurt, Urteil vom 8. Juni 2014, Az. 2-24 S 152/13).

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass ein etwaiges Bearbeitungsentgelt wegen der Stornierung entsprechend KG Berlin, Urteil vom 12. August 2014, Az. 5 U 2/12; BGH, Beschluss vom 21. April 2016 und Az. I ZR 220/14; EuGH, Urteil vom 6. Juli 2017, Rs. C-290/16 nicht zulässig ist.

Bitte überweisen Sie den Gesamtbetrag in Höhe von <<Flugpreis minus 5 Prozent>> Euro bis zum <<Datum in zwei Wochen>> auf folgendes Konto:

<<Kontonummer/IBAN>>

<< BLZ/BIC>>

<< Bankinstitut>>

Mit freundlichen Grüßen

<< Unterschrift, Datum>>

<https://www.vergleich.org/kosten-nach-flugstornierung-zurueckholen/>



Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter: www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

☐

Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

☐

Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

Neuer Service: Telekommunikation 4.0

**Schrader & Trojan bietet
BDS-Mitgliedern maßgeschneiderte
Telefon- und Internetlösungen**



Moderne Kommunikation in Unternehmen erleichtert die Arbeit von Management und Mitarbeitern. Die Nachfrage nach maßgeschneiderten Telekommunikationslösungen im Zeitalter von Wirtschaft 4.0 steigt stetig an. Doch die Suche nach dem individuellen Konzept ist angesichts der zahlreichen Kommunikationsanbieter unübersichtlich.

Hier hilft das 21-köpfige Team von Schrader&Trojan aus Dortmund gerne weiter.

Der Komplett-Dienstleister für mobile Kommunikation, Festnetztelefonie, Navigation und Flottentelematik zählt zu den Spezialisten der Branche. Seit über 60 Jahren ist das Unternehmen am Markt und pflegt mit seinen Kunden oftmals jahrzehntelange Geschäftsbeziehungen.

„Wir analysieren den Bedarf unserer Kunden. Wir beraten zielorientiert. Und wir suchen anschließend aus dem Angebotsportfolio von TELEKOM, VODAFONE oder O2 die optimalen Tarife und Konditionen aus“, sagt Geschäftsführer Andreas Trojan. Dabei kommt das umfangreiche und langjährige Expertenwissen über Rahmenverträge zum Tragen, mit dem Schrader&Trojan quasi die Rolle eines Consultants im Auftrag des Kun-

den übernimmt. Bei der notwendigen Analyse werden die Rechnungen des Kunden, das Gesprächsverhalten der Mitarbeiter und das benötigte Datenvolumen untersucht.

Als zusätzlichen Service bieten die Spezialisten an, vor Ablauf der zumeist 24-monatigen Mobiltarifverträge nach zeitgemäßen Folgetarifen zu suchen.

Das Knowhow des Business-Partners ist für den Kunden bares Geld wert.

Integration von Festnetz und Mobilkommunikation

„Natürlich kombinieren wir auch standortübergreifend Festnetz, Internet und Mobilfunk“, erklärt Festnetz Fachberater Erik Kastel. „Wir helfen bei der Suche nach optimalen Tarifen rund um Glasfaser- oder Standleitungen und beraten unsere Kunden bei der Umstellung auf neue Technik.“ So stelle die Telekom bis Ende kommenden Jahres ihr ISDN-Netz auf internetbasierte All-IP-Technik um. Dies bedeutet für jeden Gewerbebetrieb, dass er sich mit diesem Thema beschäftigen muss! „Wir übernehmen auf Kundenwunsch die Umstellung“, sagt Kastel.

Zusätzlich liefert das Unternehmen die jeweils nötige Hardware und plant, baut und-

programmiert Telefonanlagen für kleine und mittlere Unternehmen.

Telematik für Fahrzeugflotten – Treibsatz Ihrer Effizienzsteigerung

Ein weiteres Standbein ist die Telematik und Navigation. Die modernen Lösungen von TOMTOM Telematics helfen, Routenplanungen zu erstellen und Leerfahrten zu verhindern. Nutznießer sind insbesondere Transport-, Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. „Die Disponenten können außerdem die Stand- und Ladezeiten ermitteln und wissen jederzeit, wo sich das Fahrzeug gerade befindet. Zusätzlich erhalten die Fahrer alle wichtigen Informationen über optimale Fahrtroute und Auftragsdetails“, erklärt Produktspezialist Stephan Mühlbrandt. Die Lieferung und Montage der notwendigen Technik geschieht auf Wunsch auch beim Kunden vor Ort, was für diesen wiederum sehr rationell und wirtschaftlich ist. Und auch in diesem Geschäftsbereich gilt für Andreas Trojan: „Bei allen Fragen stehen wir persönlich zur Verfügung und für eine optimale Beratung gerade. Unsere Kunden haben langfristig konstante, freundliche und kompetente Ansprechpartner.“ ■



Wollen Sie auf modernere
Kommunikationstechnik
umsteigen und dabei
noch Geld sparen?

Wir helfen Ihnen
gerne dabei!

Systemhaus für Telekommunikation

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund

Telefon: 02 31 - 95 01 70 · www.schrader-trojan.de

E-Mail: info-bds@schrader-trojan.de



vodafone



Exklusiv für BDS Mitglieder:

Jetzt Partnerkonditionen für die euroShell Card sichern

**Bis zu 5* Cent Preisnachlass pro Liter Diesel und Benzin
mit dem Aktionscode BDS2017**

Mehr Infos hier!



- sicheres und bargeldloses Tanken
- 25 000 Tankstellen in Europa
- 2 200 Shell-Tankstellen und weitere 2800 Partnertankstellen (Total, Esso und AVIA) in Deutschland
- komfortable Fahrzeugverwaltung
- alles auf einer Rechnung im praktischen PDF-Format – ohne Belege und lästige Verwaltung
- Rabatte auf Diesel und Benzin
- mehr Überblick und Kostenkontrolle beim Tanken
- keine Mindestabnahmemenge von Kraftstoff oder Tankkarten

Gleich Rückruf vereinbaren!



BDS
Bund der Selbständigen
Landesverband NRW e.V.

BVMU
Bundesvereinigung
mittelständischer Unternehmer e.V.

Wir sind auch telefonisch für sie da: **Partnerhotline 0911 / 149 554 92**

FLEETCOR Deutschland GmbH, Frankenstraße 150c, 90461 Nürnberg

(*Angebot gilt nur für Neukunden)